

Siebert, Horst

Article

Die Auswirkungen sinkender Ölpreise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Siebert, Horst (1986) : Die Auswirkungen sinkender Ölpreise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Vol. 66, Iss. 4, pp. 203-207

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/1306>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Auswirkungen sinkender Ölpreise

Horst Siebert, Konstanz*

Die beiden Erdölkrisen 1973/74 und 1979/80 haben die negativen Auswirkungen steigender Ölpreise für die Weltwirtschaft hinreichend verdeutlicht. Können von dem gegenwärtig beobachtbaren Ölpreisverfall entsprechende positive Effekte erwartet werden?

Die Verfünfachung des Ölpreises während der ersten Ölkrise und nahezu eine Verdreifachung während der zweiten Ölkrise hatten für die ölimportierenden Länder Leistungsbilanzdefizite, Abwertungen der Währungen und eine Verschlechterung des relativen Austauschverhältnisses (*Terms of Trade*) zur Folge. Gleichzeitig stellte sich eine höhere Inflationsrate ein, der auf die niedrigen Energiepreise ausgerichtete Kapitalstock wurde teilweise obsolet, das Kapazitätseinkommen sank, und das Realeinkommen wurde zugunsten der OPEC umverteilt. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ging zurück. Ferner stellten sich Verteilungsprobleme ein, da das gesunkene Realeinkommen – oder: die nach unten verschobene Faktorpreisgrenze – eine Reduzierung der Reallohne und der Realzinsen verlangte. Nicht zuletzt wurde der Wachstumsprozeß gebremst, und zumindest kurzfristig trat Arbeitslosigkeit auf. Nur in einem langfristigen Prozeß konnten über Energiesparmaßnahmen, über die Androhung oder die Realisierung von Alternativtechnologien, über die Anpassung der Reallohne, über die Ersetzung des obsolet gewordenen Kapitalstocks und infolge eines zunehmenden Erdölangebots des sogenannten Kartellrands (Großbritannien, Mexiko) sowie infolge der Interessenheterogenität der OPEC die negativen Effekte der Erdölkrisen aufgefangen werden.

Bei diesem Anpassungsprozeß haben neben der rückläufigen Weltkonjunktur und der damit einhergehenden rückläufigen Ölnachfrage verblüffenderweise auch die viel gescholtenen hohen Zinsen geholfen. Denn hohe Zinssätze sind ein Anreiz, verstärkt Erdöl anzubie-

ten. Diese Aussage ergibt sich aus dem Grundkalkül eines Ressourcenanbieters. Er kann die Ressource heute abbauen und den Erlös auf dem Weltkapitalmarkt anlegen, wo sie sich mit dem gerade gegebenen Zinssatz verzinst, oder die Ressource im Boden lassen, wo sie sich mit der erwarteten Preissteigerungsrate verzinst. Portfolio-Gleichgewicht aus der Sicht des Ressourcenanbieters verlangt, daß die Preissteigerungsrate der Ressource und der Zinssatz gleich sind. Steigt der Zinssatz, so hat der Ressourcenanbieter einen größeren Anreiz, Ressourcen abzubauen. Damit aber reduziert er den Ressourcenpreis. Hohe Zinsen drücken also den Ölpreis.

Erdölabhängige Industrieländer

Für ein erdölabhängiges Industrieland wie die Bundesrepublik oder Japan bedeutet die Verbilligung von Erdöl eine Reduzierung des Importwerts, da sich die importierte Menge in der Regel kurzfristig nicht stark verändert und der Preis sinkt. Von der Importseite her ergibt sich bei gegebenem Wechselkurs eine Aktivierungstendenz in der Leistungsbilanz, die eine Aufwertung der heimischen Währung zur Folge hat. Gleichzeitig stellt sich in aller Regel eine Verbesserung der *Terms of Trade* ein. Da Erdölpreise in US-Dollar notiert sind, verstärkt die Aufwertung die Preissenkung bei Öl in Preisen der nationalen Währungen.

Argumentiert man mit einer gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion, in der neben Kapital und Arbeit Energie in ihrer Eigenschaft als Zwischeninput ein Produktionsfaktor ist, so steigt das Kapazitätseinkommen; die langfristige gesamtwirtschaftliche Angebotskurve verschiebt sich nach rechts und nach unten. Interpretiert man eine kurzfristige gesamtwirtschaftliche Ange-

Prof. Dr. Horst Siebert, 48, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Konstanz.

* Ich danke meinem Kollegen Günter Franke und meinen Mitarbeitern Peter König und Michael Rauscher für kritische Hinweise.

botskurve als Zuordnung von angebotenen Mengen zu den Faktorkosten plus Gewinnzuschlag, so verschiebt sich auch diese kurzfristige Angebotskurve nach unten, wobei die Verschiebung (für einen gegebenen Preis) ein größeres Angebot an Gütern signalisiert. Eine verwandte Darstellung ist die Aussage, daß sich die Faktorpreisgrenze für Reallohn und Realzins bei sinkendem Ölpreis nach außen verschiebt. Reallohn und/oder Realzins können, wenn Vollbeschäftigung gegeben ist, langfristig steigen.

Ein Konjunkturschub

Die Preisniveausteigerung wird aus einer Reihe von Gründen reduziert. Einmal sinkt der Preis für das „Konsumgut“ Erdöl oder Energie, das direkt in den Lebenshaltungskostenindex eingeht. Zum anderen verringert sich der Preis für ein wichtiges Zwischenprodukt, und diese Preissenkung pflanzt sich entlang der vertikalen Kette der Produktion bis zu den Endprodukten hin fort. Die Aufwertung der heimischen Währung bedeutet eine weitere Tendenz zur Preissenkung, denn importierte Güter werden billiger. Die Verschiebung der kurz- und langfristigen gesamtwirtschaftlichen Angebotskurve nach unten wirkt preisdämpfend. Schließlich wird diese Tendenz der Inflationsreduzierung auch dann noch verstärkt, wenn der (bei Vollbeschäftigung!) mögliche Spielraum für die Erhöhung der Realzinsen und des Reallohns (infolge der Verschiebung der Faktorpreisgrenze nach oben und rechts) nur mit einer zeitlichen Verzögerung ausgefüllt wird, ähnlich wie sich bei den Erdölkrisen die Anpassung der Reallöhne nur langfristig durchgesetzt hat.

Das Volkseinkommen nimmt zu, da das Kapazitätseinkommen steigt und da die Verbesserung der Terms of

Trade eine reale Umverteilung zugunsten der ölimportierenden Länder (und zuungunsten der OPEC) bewirkt. Gleichzeitig steigt der Spielraum für die Entlohnung der im Inland ansässigen Produktionsfaktoren. Infolge des Anstiegs des Realeinkommens nimmt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu. Die Ölimporte der OECD beliefen sich 1984 auf 175 Mrd. \$, so daß eine Preissenkung um 30 % etwa 50 Mrd. \$ an Kaufkraft freisetzen würde; für die Bundesrepublik mit einem Importwert von 88,5 Mrd. DM (1984) für mineralische Brennstoffe einschließlich Gas (Erdöl und Erdölprodukte 69,3 Mrd. DM) kann nach dieser oberflächlichen Berechnung ein Freisetzungseffekt von 25 Mrd. DM genannt werden, immerhin ein stolzer Betrag im Vergleich zu einem Konjunkturprogramm über Steuersenkungen, bei dem das Einkommen der Privaten um 20 Mrd. DM, verteilt über zwei Jahre, zunehmen wird. Allerdings ist bei diesen Berechnungen nicht berücksichtigt, daß ein Teil des zusätzlichen Einkommens auf die Importnachfrage gelenkt wird und die Aufwertung der heimischen Währung den Außenbeitrag (Export- minus Importwert) verringert und damit isoliert betrachtet die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bremst.

Eine Verbilligung der Ölpreise hat eine Zunahme der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts zur Folge, denn die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsgrenze wird nach außen verschoben und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigt. Dieser Effekt wird für eine Ölpreissenkung um 30 % mit einer zusätzlichen Wachstumsrate von einem halben¹ bis zu einem Prozentpunkt angegeben. In aller Regel darf man erwarten, daß die Beschäftigung zunimmt. Dies gilt insbesondere dann, wenn die bei Vollbeschäftigung mögliche Reallohnsteigerung im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit nicht ausgeschöpft wird.

Horst Siebert

Economics of the Resource-Exporting Country Intertemporal Theory of Supply and Trade

Part I: Resource Exports and Intertemporal Choice

Part II: Supply Behavior of Different Types of Resource-Exporting Countries

Part III: Domestic Demand, Taxation and Monopoly


Part IV: Responses of the Resource-Importing Country

1985, 304 Seiten

ISBN 0-89 232-598-4

Institutionen: \$ 47.50

Einzelbezieher: \$ 23.75

 JAI PRESS, 36 Sherwood Place

P.O. Box 1678

Greenwich, Connecticut 06836-1678 USA

Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals steigt infolge sinkender Ölpreise. Dies erklärt sich daraus, daß mit einer Einheit neu geschaffenen Kapitals mehr produziert werden kann. Die höhere Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals bedeutet, daß von den Investitionsmöglichkeiten her der Realzins steigen muß. Der alte Kapitalstock wird in dem Sinne teilweise wirtschaftlich obsolet, daß er auf zu hohe Energiepreise ausgerichtet ist. Allerdings gilt das Argument einer steigenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals nur langfristig, da der gegebene, festgelegte Kapitalstock nicht schlagartig geändert werden kann. Auch wird der Kapitalstock dann nicht den neuen Ölpreisen angepaßt, wenn die Ölpreissenkung nicht als dauerhaft eingestuft wird und wenn Überkapazitäten bestehen, die Neuinvestitionen nicht nahelegen. Schließlich hängt die Realzinserhöhung auch von anderen Faktoren wie der Realloohnerhöhung, dem Crowding out und der Inflationsrate ab.

Als weitere Folge stellen sich in den erdölabhängigen Industrieländern Änderungen der relativen Preise ein, die insbesondere die Rolle des heimischen Energieangebots tangieren. Sinkende Erdölpreise verteuern relativ die Kohle, die damit weniger wettbewerbsfähig wird. Kohlereviere wie die Ruhr erfahren eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Subventionswünsche für die heimische Energie werden zunehmen. Alternativtechnologien werden uninteressant. Teersand- und Ölschiefer-Projekte sind von der Privatwirtschaft längst ad acta gelegt worden, und von dem mit 80 Mrd. \$ veranschlagten „Synfuel-Programm“ Carters spricht niemand mehr. Im übrigen wird die Verbilligung von Erdöl zu einer Produktionsausdehnung erdölintensiver Produkte führen, also z. B. Chemie und Stahl begünstigen. Die Aufwertung stimuliert im Zusammenhang mit dem Einkommensanstieg die sogenannten „nicht handelbaren“ Güter (Dienstleistungen einschließlich Handel).

Wirtschaftspolitische Reaktionen

Die hier diskutierten Effekte von Ölpreissenkungen variieren allerdings mit den Reaktionen der Wirtschaftspolitik. Für die Geldpolitik bedeuten die sinkenden Ölpreise ceteris paribus, z. B. bei gegebener Lohnpolitik, einen größeren Spielraum, da das Ziel der Preisniveaustabilität leichter zu erreichen ist. Auch muß die Notenbank infolge der Aufwertungsstendenz die heimische Währung nicht mehr durch hohe Zinsen gegenüber dem US-Dollar verteidigen. Das Geldmengenziel kann also großzügiger gefaßt werden; die Zinsen können sinken. Dieser Effekt wirkt der Zunahme der Realzinsen entgegen, die aus dem Anstieg der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals herrührt. Welcher der beiden Effekte über-

wiegt, ob also per saldo sinkende Ölpreise den Realzins drücken, ist eine offene Frage. Allerdings ist der Realzins in der Europäischen Gemeinschaft während der beiden Erdölkrisen gesunken², so daß man jetzt bei sinkenden Ölpreisen einen Anstieg der Realzinsen erwarten kann.

Auch die Lohnpolitik beeinflusst die diskutierten Effekte. Ein Extremfall liegt vor, wenn (bei einer Verschiebung der Faktorpreisgrenze nach oben und rechts) der Reallohn unverändert bleibt. Dann kann der Realzins relativ stark steigen. Im anderen Extremfall bleibt der Realzins unverändert, und die Ölverbilligung geht voll in eine Erhöhung des Reallohns. Realistischerweise darf man einen Anstieg sowohl des Realzinses als auch des Reallohns erwarten, wobei sich der Reallohn unter Umständen mit einer Verzögerung anpaßt. Der Reallohn steuert langfristig die Beschäftigungssituation des gegebenen Arbeitsangebots; der Realzins determiniert langfristig das Ausmaß der Kapitalbildung.

Schließlich werden die hier diskutierten Effekte auch von einer Import- oder Verbrauchsteuer auf Erdöl und Erdölprodukte beeinflusst. Zwangsläufig reduziert eine solche Steuer die hier besprochenen positiven Effekte auf Konjunktur, Beschäftigung und Wachstum. Wenn jedoch langfristig wieder ein Anstieg des Erdölpreises erwartet wird, vermeidet eine solche Steuer ein zyklisches Verhalten der wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Variablen und damit eine Fehlallokation.

Ölexportierende Industrieländer

In den öl- und erdgasexportierenden Industrieländern (Großbritannien, Holland, Kanada, Norwegen) verlaufen die Effekte anders. Die sinkenden Ölpreise bewirken tendenzmäßig Leistungsbilanzdefizite, da der Exportwert sinkt; die Währung dieser Länder wird abgewertet. Diese Abwertung kann mit einer Verschlechterung des relativen Tauschverhältnisses einhergehen; sie bewirkt einen Anstieg des Preisniveaus. In aller Regel finden Realeinkommensenkungen statt, da der Außenbeitrag abnimmt; Wachstum, Konjunktur und Beschäftigung sind rückläufig. Zur Zurückdrängung inflationärer Tendenzen, die sich aus der Abwertung ergeben, muß die Notenbank den Zinssatz heraufsetzen. Da die Ressourcen zur Finanzierung der Staatsausgaben herangezogen werden und da die Ressourcensteuern erlösabhängig sind, stellen sich Finanzierungsprobleme ein, die durch steigende Zinsen nicht erleichtert werden. Verteilungsprobleme wie die Tarifpolitik werden bei sinkendem Einkommen und steigendem Preisniveau zwangsläufig schwieriger.

¹ Vgl. Ifo-Studien 6/86, S. 3.

² Vgl. OECD: Economic Outlook, Dezember 1985, S. 33.

Schließlich bedeutet die Abwertung, daß die traditionellen Exportsektoren wettbewerbsfähiger werden. Es findet langfristig also eine Reallokation zugunsten des industriellen Sektors statt. Auch der Export landwirtschaftlicher Produkte kann durch die Abwertung stimuliert werden. Die mit einem Erdölboom einhergehende „Holländische Krankheit“ – eine Deindustrialisierung – wird rückgängig gemacht. Der Bereich der nicht handelbaren Güter wird zurückgedrängt, da infolge des gesunkenen Einkommens die Nachfrage abnimmt und zugleich die Expansion in den traditionellen Exportbereichen Produktionsfaktoren attrahiert und dem Dienstleistungsbereich entzieht. Ferner ergeben sich für die ölexportierenden Industrieländer Auswirkungen auf die erdölproduzierenden Gebiete (Texas, Louisiana, Oklahoma, Alaska in den USA) wie auch auf Regionen, in denen Substitutionsangebote (Kohlereviere in England) bereitgestellt werden.

OPEC-Länder und Dritte Welt

Die sogenannten „Low Absorber“ erzielen keine Exportüberschüsse mehr und müssen zur Aufrechterhaltung ihres Importniveaus Finanztitel auflösen. Es wird geschätzt, daß die internationalen Finanzanlagen der OPEC von 350 Mrd. \$ (1981) auf 270 Mrd. \$ Ende 1985 gesunken sind. Es wird vermutet, daß Saudi-Arabien (mit einem Leistungsbilanzdefizit von etwa 25-30 Mrd. \$ 1985) zwischen 1982 bis Ende 1985 etwa die Hälfte jener Finanzaktiva verloren hat. Längerfristig werden sich diese Länder mit ihrem Importwert anpassen müssen. Im übrigen sind die sich einstellenden Effekte in den OPEC-Ländern grundsätzlich analog zu den Anpassungen in einem ölexportierenden Industrieland.

Für die verschuldeten Ölländer wie Mexiko, Nigeria und Venezuela bedeuten sinkende Zinsen zwar eine Entlastung, aber diese Entlastung wird durch die sinkenden Ölpreise und die fallenden Exporterlöse weit überkompensiert. Für Mexiko mit einem Exportwert für Erdöl von 15,5 Mrd. \$ (1983) bedeutet eine Preissenkung auf ein Niveau von 20 \$ pro Faß einen Rückgang der Deviseneinnahmen in Höhe von etwa 4,5 Mrd. \$. Unterstellt man, daß eine solche Ölpreissenkung den Nominalzins um einen Prozentpunkt reduziert, so ergibt sich bei einer Verschuldung von derzeit 97 Mrd. \$ eine Entlastung bei den Zinszahlungen von knapp 800 Mill. \$. Die Nettobelastung wird auf 3,6 Mrd. \$ geschätzt. Ähnliche Probleme stellen sich für Venezuela (Schulden 35 Mrd. \$), Indonesien und Nigeria.

Ein gewisser Hoffnungsschimmer zeichnet sich dagegen für die ölimportierenden verschuldeten Entwicklungsländer ab. Sinkende Zinsen entlasten an der

Schuldenfront, und sinkende Ölpreise reduzieren den Importwert und entschärfen die stets präsenten Zahlungsbilanzprobleme.

Konsequenzen für die Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft erfährt durch die sinkenden Ölpreise zusammen mit den sinkenden Nominalzinsen einen Konjunkturimpuls und (bei längerfristigen niedrigen Ölpreisen) einen Wachstumsimpuls. Der Primäreffekt der Ölpreissenkung besteht in einer Einkommensumverteilung zwischen der OPEC und den ölimportierenden Ländern. Voraussetzung für diesen Primäreffekt ist, daß die Ölimporteure das zusätzliche Einkommen anders verwenden. Würden die Saudis und andere Ölländer sofort ihren Konsum einschränken, anstatt Finanzaktiva aufzulösen, so wäre insgesamt in der Weltwirtschaft kein stimulierender Primäreffekt zu verzeichnen. Dieses Argument gilt in Analogie zu den beiden Ölkrisen, in denen die Umverteilung zugunsten der Ölländer infolge ihrer damals geringeren Absorptionsfähigkeit das Horten in der Welt erhöht hat. Neben diesem Primäreffekt sind aber die oben diskutierten Sekundäreffekte sinkender Ölpreise wie größere Preisniveaustabilität, sinkende Nominalzinsen usw. zu verzeichnen.

Für die erdölimportierenden Industrieländer sind Expansion, Aufwertung, größere Preisniveaustabilität und positive Beschäftigungseffekte angezeigt; die erdölimportierenden Industrienationen erfahren gegenläufige Anpassungen. Die relative Position der Industrienationen variiert also mit der Frage, ob das Land Nettoimporteur von Erdöl ist. Für den Nettoimporteur bringt die Aufwertung eine Reduzierung des Preisniveaus, für den Nettoexporteur eine Abwertung. Ordnet man die Industrienationen nach abnehmender Ölabhängigkeit, so werden die Währungen ölabhängiger Länder wie Japan, Frankreich und Bundesrepublik aufgewertet und die Währungen ölexportierender Länder (Großbritannien, Norwegen) abgewertet. Sinkende Ölpreise verändern also die Währungsrelationen. Grundsätzlich sollte sich auch für die USA mit einem Ölimport von 22 Mrd. \$ (1984) eine Entlastung und damit eine Aufwertung ergeben. Diese Tendenz wird aber möglicherweise dadurch überlagert (und überkompensiert), daß Ölrechnungen in US-Dollar notiert sind und sinkende Ölpreise die Nachfrage nach US-Dollar reduzieren.

Trotz der dämpfenden Effekte für die ölexportierenden Industrienationen sollte man für die Gruppe der Industrienationen insgesamt eine Zunahme des Güterausbaus erwarten. Die Einkommenserhöhung in den ölimportierenden Industrieländern wird die Importnachfrage steigen lassen; eine Stimulierung des Handels,

insbesondere zwischen den Industrienationen, ist zu erwarten. Diese Tendenz wird auch von der Abwertung der Währungen der ölexportierenden Länder begünstigt. Bremsend auf den Außenhandel wirken sich dagegen die Einkommensreduzierungen in den ölexportierenden Industrienationen, die Aufwertungen bei Nettoimporteuren und die langfristigen Reduzierungen in der Absorptionskapazität der OPEC aus.

Die Zunahme der ökonomischen Aktivität in den Industrienationen hat auch positive Folgen für die Entwicklungsländer. Außerdem ist für die ölimportierenden Entwicklungsländer eine Entlastung ihrer Verschuldungs- und Zahlungsbilanzprobleme zu erwarten.

Die Lasten dieser kurzfristigen weltweiten Umwälzung trägt die OPEC. Wie die einzelnen Länder wie z. B. Nigeria diesen Verlust an Deviseneinnahmen für ihre Einwohner umsetzen, etwa indem Staatsausgaben reduziert werden, und wie sie diese Anpassungen politisch verkraften, muß hier offenbleiben. Insbesondere die Verschuldungsprobleme der Ölländer Mexiko, Nigeria und Venezuela können sich als Störfaktor des Weltwährungssystems erweisen. Denn der Entlastung an der Schuldenfront für die ölimportierenden Entwicklungs- und Schwellenländer steht die reduzierte Zahlungsfähigkeit der verschuldeten Ölländer gegenüber. Ob insgesamt das Verschuldungsproblem durch sinkende Ölpreise in der Weltwirtschaft leichter zu lösen sein wird, ist kaum festzustellen.

Die entscheidende Frage lautet, ob von der Verschuldung der Ölexportländer her das insgesamt rosige Bild der weltwirtschaftlichen Entwicklung getrübt werden kann. In diesem Kontext wird auch das politische Argument des „Burden Sharing“ eine Rolle spielen. Die jährlichen Zinslasten der drei besonders verschuldeten Ölländer Mexiko, Nigeria und Venezuela belaufen sich auf etwa 15 Mrd. \$. Diesem Betrag werden die Schuldenländer die Einkommensfreisetzung von 50 Mrd. \$ entgegenhalten. Auch aus der Sicht der Industrienationen muß man die Frage stellen, ob sie nicht angesichts niedriger Ölpreise ein Interesse daran haben, das Risiko eines finanziellen Zusammenbruchs zu verringern.

Kann es so weitergehen?

Sind die sinkenden Ölpreise ein eher kurzfristiges Phänomen, oder stellen sie eine längerfristig gültige Rahmenbedingung für die Weltwirtschaft dar?

Argumente für eine längerfristige Tendenz relativ niedriger Ölpreise sind der technische Fortschritt in der Bereitstellung von Energie, wie z. B. ein stärkerer Anteil von Atomstrom, und die Notwendigkeit, trotz niedriger

Erdölpreise infolge der Umweltbelastung nach neuen, energiesparenden oder ölsubstituierenden Lösungen, etwa beim Auto, zu suchen.

Es gibt aber eine Reihe von Anpassungsprozessen, die eher auf die Kurzfristigkeit der derzeitigen Situation hindeuten. Bei längerfristig niedrigem Ölpreis wird die Nachfrage nach Öl wieder zunehmen. Zwar sind einige energiesparende Maßnahmen wie die Wärmeisolierung von Häusern nicht rückgängig zu machen, da gegebene Bestandsgrößen (z. B. der Kapitalstock) nicht so schnell angepaßt werden. Aber der Anreiz zur Energieeinsparung bei neuen Gebäuden, neuen technischen Lösungen und neuen Anlagen ist reduziert. Auch würde langfristig das heimische Energieangebot wie die Kohle stärker in Bedrängnis kommen; die Suche nach Alternativtechnologien wird an Intensität verlieren, und die Opportunitätskosten bei der Realisierung von Alternativtechnologien werden im politischen Prozeß bei sinkenden Ölpreisen höher bewertet, so daß die Chancen der Alternativtechnologien sinken. Weltweit wird Substitutionsenergie wie die Kohle weniger wettbewerbsfähig, die Erschließung neuer Kohlelagerstätten wird weniger attraktiv.

Beim Erdöl selbst bewirken sinkende Zinsen grundsätzlich ein geringeres Angebot – eine Tendenz, die kurzfristig angesichts der Überschußkapazitäten in der Ölförderung nicht durchschlägt. Ferner nehmen bei sinkenden Ölpreisen die Exploration und die Erschließung neuer Lagerstätten ab (wie die Beaufort-Ölfunde in Kanada und das Hibernia-Feld im Offshore-Bereich von Neufundland), denn Exploration und Erschließung lohnen sich nur insoweit, als die Explorationskosten (Erschließungskosten) für eine zusätzliche Einheit Öl gerade gleich der impliziten Bewertung einer Einheit Öl – den sogenannten Nutzungskosten – sind. Die Nutzungskosten aber fallen bei sinkenden Ölpreisen.

Schließlich differiert die regionale Verteilung der Produktion und der Reserven. Während die OPEC 1985 nur 29,7 % der Welterdölproduktion bestreitet (Staatshandelsländer 27,7 %; westliche Nicht-OPEC-Länder 42,6 %), verfügt sie über 67,9 % der Welterdölreserven, die nicht sozialistischen Nicht-OPEC-Länder dagegen nur über 20,5 % (Staatshandelsländer 11,6 %). Außerdem haben die Erdölreserven seit 1982 kaum zugenommen. Die regionale Verteilung und relative Konstanz der Bestände haben Rückwirkungen auf Erwartungen und Preise in der Zukunft. Niedrige Energiepreise können die Industrienationen in der Vorstellung eines überreichlichen Energieangebots von Anpassungsmaßnahmen abhalten. Die dritte Ölkrise ist dann programmiert.